

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Postporto monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2,70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3466. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 213.

Dresden, Mittwoch den 15. September 1909.

20. Jahrg.

Vom Parteitag.

Leipzig, 14. September.

Am Morgen des zweiten Verhandlungstages konnten wir nach unserm August Weibel mit säkularer Freude in unserer Räte begrüßen.

Die Verhandlungen des ganzen heutigen Tages wurden erfüllt durch die Debatte über den Rechenenschaftsbericht der Fraktion, und noch sind 22 Redner eingeleitet, die sagen sprechen wollen. Außer einigen kleineren Beschwerden und einer Anregung seitens der Arbeiter in den fernwärtigen Bezirken wurde ausschließlich über die Haltung unserer Fraktion zur Erbschaftsteuer debattiert. Die Haltung unserer Fraktion während der Beratung des Gesetzentwurfs im Reichstage wurde im allgemeinen von allen Rednern gebilligt. Wenn auch einige wenige sich doch nicht sagen, welche Mittel das sein sollten und wie sie hätten angewandt werden können.

Zu einer Abstimmung über die Erbschaftsteuer in dritter Lesung ist es bekanntlich nicht gekommen, weil es dem Schnaps- und Tabakgesetz schon in der zweiten Lesung völlig zu Fall zu liegen. Folgedessen ist ein so kluges und konkretes Urteil darüber, ob die Fraktion mit der Zustimmung oder Ablehnung besser dastünde, gar nicht möglich. Je nach den verschiedenen politischen Konstellationen, die die Finanzreform in ihrer wechselnden qualitativen Geburtsperiode durchlaufen hat, muß das Urteil verschieden ausfallen: solange die Regierungserklärung feststand, daß ohne Erbschaftsteuer keine Finanzreform zustande kommen dürfte, waren eben gegen eine Zustimmung unserer Fraktion zu dieser letzten Steuer berechtigt. Sobald aber klar war, daß der Bundesrat sich mit dem Gesetzentwurf der gesunden Rationalisierungsmaßnahme kaufen ließ und bereit war, jeder Steuer zusammen, während die Verwirklichung, daß die Annahme der Erbschaftsteuer zur Bewilligung der 400 Millionen Reichsmark in Höhe mitzuteilen könne. So entbehrt die allgemeine Erörterung darüber, ob die Fraktion Ja oder Nein hätte sagen müssen, jeden Untergrund. Bisher hat auch niemand den Mut gehabt, eine Resolution vorzuschlagen, die der Fraktion für die Zukunft eine Bindung für ihre Haltung zu direkten Steuern gibt, auch wenn ein unmittelbares Resultat der Debatte kaum zu erwarten. Wenn nicht einige Genossen durch Indikationen aus vertraulichen Besprechungen der Reichstagsfraktion die Auswanderung herbeiführen wollten, wäre sie zweifellos im Interesse der Partei und ihrer Agitationskraft besser unterblieben. Dies bleibt uns nur übrig, den theoretischen und erzieherischen Wert der Debatte herauszugreifen.

Unser Parteiprogramm fordert prinzipiell progressive Einkommen- und Vermögenssteuern und Reichserbschaftsteuern, abgesehen von dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe des Erbschafts. Diese Forderung gilt für den kapitalistischen Gegenstandsbereich; denn in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft ist für Kapitalbesitzer und Millionenerbschaften natürlich kein Raum. Prinzipiell hat also die Fraktion und die Partei den direkten Reichserbschaftsteuern zugestimmt — wenn nicht besondere Umstände eine Ablehnung gebieten.

Einen solchen besonderen Umstand wollte Genosse Hochmann sehen, daß die Erbschaftsteuer das Sprungbrett zu den direkten Steuern sei. Für die letzte Phase des Kampfes um die Erbschaftsteuer trifft das aber in keiner Weise zu. Obwohl die Erbschaftsteuer abgelehnt worden ist, sind die indirekten Steuern von der Schnapsblondmehrheit rasch bewilligt worden. Die Ablehnung der Erbschaftsteuer hat zu keiner Reichstagsauflösung geführt, und es bleibt demnach nur der Schluß, daß die Annahme der Erbschaftsteuer gewesen wäre, nach der vielleicht die Pfaffen und Junker Schwierigkeiten bei den indirekten Steuern gemacht hätten. Offenbar meinen die überparteilichen Genossen etwas anderes: sie wünschen die Ablehnung der Erbschaftsteuer, um den Liberalen und Freisinnigen ein Feld zu eröffnen, mit dem sie die Schande ihrer Zeitungs- und Parteipolitik verdecken wollten. Ein solcher aberwitziger Gedanke ist natürlich das Gegenteil einer prinzipiellen Ablehnung der Erbschaftsteuer. Genosse Oger hat gemeint, daß die Anhänger der Erbschaftsteuer nur Wahlpolitiker seien, weil es ganz unbestritten und vom Genossen Singer als Gegner der Erbschaftsteuer ausdrücklich zugegeben ist, daß die Zustimmung zur Erbschaftsteuer und die Agitation in den Reichstagsbezirken, wo man noch an die Stabilität und die Überlegenheit glaubt, ungemein erleichtert. Wir haben in der Tat aber nicht den mindesten Grund, einen vernünftigen Schritt zurückzugehen, weil er und agitatorisch fördert. Wir treiben prinzipielle Programmpolitik und vernünftige Agitationspolitik. Darum darf die Partei der Entschiedenheit nicht gegen die Steuer auf die Lippen setzen, wie ja tatsächlich keine indirekte Steuer verweigern für die Erbschaftsteuer eingetauscht, hätten uns unter Vermeidung unseres Programms in eine Reihe mit der Triade Junker, Pfaffen und Salonschicht gestellt und den für die Erbschaftsteuer geltend gemachten und nur aus Angst vor uns nach langem Sträuben den Liberalen zu einer unbedingten Popularität verbolksleierten. Die tatsächlichen Einwendungen gegen die Erbschaftsteuer sind also verfehlt und beweisen gerade, wie nützlich die Haltung der Fraktion war, die uns die schönen Nachwahlfrage in der Reichstagswahl und Stollberg-Schneeberg eingebracht hat. Mit Recht hat Genosse Ulrich (Offenbach) an seinen jüngsten Kollegen Schönlank gewandt, der weiß, wie im 19. hundertlichen Wahlkreis

bereits die Nationalliberalen mit Städtchens Äußerungen gegen die Erbschaftsteuer kredenzen, und wie sehr unser Botschaft für die Belastung der Reichen und gefördert hat.

Ein zweiter Einwand gegen die Ablehnung der Fraktionsanträge seine Kraft aus dem in der Tat volkshemden Berührungswort des Geldes. Jedoch waren die Ausgaben der Partei bewilligt und nur um die Frage der nachträglichen Kostenbedeutung handelte es sich. Ein bestimmter Verwendungszweck war nicht vorgesehen; es sollte nur einfach die letzte Reichskasse aufgefüllt werden. Der Fall liegt hier also noch wesentlich klarer, als bei den Flottenvorlagen, bei denen die Fraktion sich durch die bewilligten Anträge bereit erklärt hat, die Mittel durch die bürgerliche Mehrheit — ausschließlich von den Reichskassen genommen würden. Eine Ablehnung direkter Steuern für bereits bewilligte militärische Ausgaben bliese nur alle Lasten des maßlosen Militarismus würde die Sozialdemokratie also hier direkt zu einer Mehrbelastung der Arbeiter beitragen. Gerade wegen des Verwendungszwecks müssen wir direkte Reichsteuern bewilligen. Denn je mehr die Bourgeoisie für die Friedenspolitik des Proletariats zugänglich. Zum Beweise verweist man auf die Steuererhebung des kapitalistischen England. Aber daß die englische Bourgeoisie einen Friedens- und Abrüstungsvertrag mit Deutschland will, während Deutschland jede Verhandlung ablehnt, rührt ja eben daher, daß in England auch die Reichen zahlen, während man in Deutschland alle Lasten der großen Politik den Armen aufbürdet.

So sprechen alle prinzipiellen und tatsächlichen Gründe dafür, daß die Fraktion auch in dritter Lesung der Erbschaftsteuer zustimmen mußte. Das Sprungbrett einer Obstruktion hat Rolle zu spielen; an ein Verhindern der ganzen Finanzreform war nicht zu denken, dazu hatte unsere Fraktion nicht die Macht. Naturgemäß konnte sie nicht nachholen, was die Wähler im Jahre 1907 bei der Hottentottenwahl zu ihrem Schaden verurteilt hatten. So blieb ihr gar nichts anderes übrig — viele Genossen aus den verschiedenen Gegenden des Reiches beschließen es — als zu versuchen, so viel wie möglich von den neuen Steuern auf die Reichen überzuwälzen. Daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht nur agitativen Anträge stellt, sondern ernsthaft bemüht ist, praktisch zur Hebung der großen Arbeitermasse beizutragen, und daß sie in diesem Streben von der ungeschwungenen Mehrheit der Genossen unterstützt wird, das hat die heutige Debatte wieder einmal bewiesen und der morgige Tag kann an diesem Ergebnis nichts mehr ändern. Je weiter diese Erkenntnis in das Volk dringt, um so besser wird es für die Partei sein.

Die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft.

Die Agrarier behaupten bekanntlich, die deutsche Landwirtschaft könne in die Lage gebracht werden, den Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten für das Deutsche Reich selbst zu decken. Die natürliche Möglichkeit hierzu hat die Sozialdemokratie noch nie bestritten. Wenn Deutschland heute Lebensmittel importieren muß, schreibt Kautsky in seiner Abhandlung über Handelspolitik und Sozialdemokratie, so ist das eine soziale, nicht eine natürliche Notwendigkeit, eine Notwendigkeit, die nur so lange dauert, wie die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse herrschen. Die natürliche Möglichkeit liegt vor, die Produktivität in der Landwirtschaft so zu steigern, daß Deutschland seinen Bedarf reichlich selbst decken kann, eine entgegengesetzte Annahme müßte ja auch zur Malthusischen Theorie führen. Denn mit der Entwicklung Amerikas und Afrikas, die infolge der Kolonisation eine sehr rasche ist, läßt der Export von landwirtschaftlichen Produkten aus diesen Erdteilen nach den stark bevölkerten Staaten der „alten Welt“ einmal nach und die von Malthus angekündigte Ueberbevölkerung würde eintreten, wenn nicht eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft entsprechend der Bevölkerungszunahme möglich wäre. Es handelt sich aber auch nicht nur darum, die Bevölkerung ständig ernähren zu können, sondern auch sie immer besser und reichlicher zu ernähren! Eine Zunahme des Wohlstandes hat zur ersten Vorbedingung eine Steigerung der Produktion. In der kapitalistischen Gesellschaft wird nicht produziert, um allen Mitgliedern der Gesellschaft die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen, sondern um den einzelnen Kapitalisten Reichtümer zu verschaffen. Aber der kapitalistischen Produktion moht die Tendenz inne, die Produktivität ständig zu steigern. Und da in der Landwirtschaft ebenfalls die kapitalistische Produktion vorherrscht, so muß sich diese Tendenz auch in der Landwirtschaft zeigen. In der Tat weist die Landwirtschaft auch eine starke Steigerung der Produktivität auf und trotz der Industrialisierung des Landes und des Rückganges der Anbaufläche werden in Deutschland von Jahr zu Jahr ganz bedeutend mehr landwirtschaftliche Produkte erzeugt, und diese Zunahme der Produktivität ist nach der Ansicht vieler Forscher sogar größer als der Bevölkerungszunahme.

Professor Dr. Karl Ballod (Berlin) legt der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, die vom 27. bis 29. September in Wien stattfand und sich mit dieser Frage beschäftigten wird, ein gedrucktes Referat über die Produktivität der Landwirtschaft vor, in dem er das Dogma vom abnehmenden Bodenertrag bekämpft und nachzuweisen versucht, daß überall eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft stattfindet und eine weitere Steigerung um den doppelten Ertrag bei sinkenden Produktionskosten und also auch bei sinkenden Preisen der landwirtschaftlichen Produkte möglich sei. In Deutschland wurde in den Jahren 1904 bis 1908 eine jährliche Nettoernte an Getreide von 22,43 Millionen Tonnen erzielt gegen 14,87 Millionen Tonnen in den Jahren 1879 bis 1883. Es wurden also nach 30 Jahren rund 7,56 Millionen Tonnen mehr erzielt, und da sich die Anbaufläche für Getreide in dieser Zeit nicht wesentlich verändert hat, so bedeutet dies eine Steigerung der Produktivität um 50 Prozent. In noch erheblicherem Maße ist die Kartoffelernte gestiegen: von rund 15 Millionen Tonnen auf 36 Millionen Tonnen. Das bedeutet eine Gesamtsteigerung der Produktivität der Ackerkultur um mindestens 66 Prozent, während die Bevölkerung in der Zeit von 1880 bis 1905 nur eine Zunahme von etwa 33 Prozent erfahren hat. Nicht ganz so in die Augen fallend ist die Zunahme des Viehbestandes. Anfang der sechziger Jahre hatte Deutschland rund 15 Millionen Rinder. Bis zum 10. Januar 1883 war diese Anzahl erst auf 15,79 Millionen angewachsen; bis zum 1. Dezember 1887 auf 18,4 Millionen; am 2. Dezember 1907 betrug sie 20,589 Millionen. In dieser selben Zeit ist freilich auch die Anzahl der Schafe von 28 auf 19,2, 10,9 und 7,68 Millionen zurückgegangen. Aber ganz genaugenügt ist die Schafzucht gestiegen: von 6,46 Millionen in den sechziger Jahren und 9,20 Millionen im Jahre 1893 auf 22,08 Millionen im Jahre 1907. Heute kommen 3,4 Schweine auf 100 Einwohner gegen 17,4 im Jahre 1873. Dasselbe bezieht sich ferner auf das Lebendgewicht der Rinder. Nach einer von Dr. Gerlich in der Zeitschrift für Agrarpolitik (Heft 7 und 8) mitgeteilten Statistik des preussischen Landwirtschaftsministeriums kam im Jahre 1907 auf den Kopf der Bevölkerung ein Schlachtgewicht (Fleisch und Fett) des Lebendviehbestandes von 91,79 Kilogramm, gegen 80,06 Kilogramm im Jahre 1883. Ballod meint, daß das Ansteigen der Gesamtproduktivität auch in der Viehzucht kaum niedriger veranschlagt werden könne als bei der Ackerkultur. Und da die landwirtschaftliche Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit eine sehr erhebliche Zunahme erfahren.

Nach Delbrück Berechnungen wäre bekanntlich die Produktion des Brotgetreides in Deutschland im 19. Jahrhundert um 126,74 Prozent, die Bevölkerung um 130 Prozent gewachsen. Ballod berechnet auch eine Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktivität in Frankreich in der Zeit vom Jahre 1820 bis 1905. In einigen Staaten Amerikas soll die landwirtschaftliche Produktivität nach Ballod mindestens viermal so groß sein wie in Deutschland. Diese Steigerung der Produktion wird erzielt durch eine bessere Bearbeitung des Bodens, durch Ausbäuer, landwirtschaftliche Maschinen usw. Durch entsprechende Stoffzufuhr kann die Produktion an Getreide, wie Versuche ergaben, noch um das Doppelte gesteigert werden. Eine rationelle Viehzucht ergibt ein immer höheres Schlachtgewicht.

Diese Statistiken sind allerdings nicht ganz zuverlässig. Die statistischen Erhebungen waren früher mangelhaft und viele in der Eigenproduktion erzeugten Produkte wären statistisch nicht erfasst worden sein. Aber die große Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird von keiner Seite bestritten. Und sie ist das beste Argument gegen die agrarische Sozialpolitik. Die deutsche Landwirtschaft kann heute den heimischen Bedarf nicht decken, weil nicht nur die Bevölkerung rasch wächst, sondern auch der relative Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten, sowohl für die Ernährung als auch für gewerbliche Zwecke, gestiegen ist. Aber die Schutzzölle erhöhen die Grundrente, sie verteuern dadurch die Produktionskosten und bringen also auch den Landwirten keinen dauernden Vorteil. Die Zölle halten aber auch die Konkurrenz fern, schaffen künstliche Preise und nehmen damit den Anreiz zur Steigerung der Produktivität, die, wie Ballod sehr interessant nachweist, zu einer Verbilligung der Produktion führt. Denn wenn auch die Ausbäuer Kosten verursachen, der Arbeitsaufwand bleibt ja der gleiche und die Produkte stellen sich bei höheren Erträgen immer billiger als bei niedrigeren. Da die Produktion von Maschinen und Ausbäuern unbestritten unter das Gesetz der abnehmenden Kosten falle, so sei damit die wirtschaftstechnische Möglichkeit der Verbilligung gegeben. Das gleiche sehen wir ja auch in der Industrie. Denn mit der Steigerung der Produktivität geht überall eine Verbilligung der Produkte und demnach eine Steigerung des Gewinnes der Unternehmer Hand in Hand. In der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität liegt daher auch allein das Heilmittel der Landwirtschaft und die zukünftige Lösung der Ernährungsfrage.

* Siehe: Handelspolitik und Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. Berlin, Verlag Dietrichs 1901. Seite 94.